

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Ausschuss für Gleichstellung, Beteiligung und
Wirtschaftsförderung
IX. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin
Telefon 90295 - 5002 / 5003
Fax 90295 - 6515
E-Mail bvv.buero@ba-pankow.de
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordntenversammlung/>

Berlin, den 11.07.2025

Einladung 2. Ausfertigung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung ein.

am Dienstag, 15.07.2025

um 17:15 Uhr

im Haus 6, Raum 227, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin, Fröbelstraße 17

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung
- 2 Abstimmung zur Tagesordnung
- 3 Protokollkontrolle
- 4 Bericht aus dem Bezirksamt
- 5 Vorstellung Verein Xochicuicatl
- 6 Brainstorming zur in der BVV beschlossenen Drucksache IX-1173 Öffentlichkeitskampagne „Für ein Zuhause ohne Gewalt“ in Buch
- 7 Einreichungstermin der Zuwendungsanträge für die Projekte des Gleichstellungs- und Integrationsbereich
- 8 Überwiesene Drucksachen
 - 8.1 Entwurf des Doppelhaushaltsplans 2026/2027 für den Bezirk Pankow - Drucksache IX-1234
 - 8.2 Tag der offenen Tür der BVV Pankow - Drucksache: IX-1071
 - 8.3 Dunkle Orte in Pankow - Maßnahmen gegen Angsträume schaffen - Drucksache: IX-1042
 - 8.4 Gewalt kommt uns nicht in die Tüte! - Drucksache: IX-1158
 - 8.5 Potenziale der älteren Bürger*innen in Betrieben, Organisationen und Behörden nutzen - Drucksache: IX-1178
 - 8.6 Weiterentwicklung des Bürger*innenhaushaltes hin zu Kiezkassen für Pankow - Drucksache - IX-1064

8.7 Neues Flair & Attraktivität für die Berliner Allee - Drucksache: IX-1222

8.8 Bürgergarten Mühlenkiez (Flurstück 280, Thomas-Mann-Straße) - Drucksache: IX-1224

9 Arbeitsplan 2026

10 Sonstiges

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hannah-Caroline Wettig
Ausschussvorsitz



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1071

Antrag

Linksfraktion

Beratungsfolge:

11.12.2024 BVV

BVV/027/IX

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen:

Betreff: Tag der offenen Tür der BVV Pankow**Die BVV möge beschließen:**

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow führt jährlich einen Tag der offenen Tür durch. An diesem Tag sollen sich das BVV-Büro, die Stadtratsbüros sowie alle Fraktionen der BVV der Öffentlichkeit präsentieren und ihre genauen Funktionen und Zuständigkeiten vorstellen. Ziel ist es, die Arbeit der BVV transparenter zu machen, die Bürger*innenbeteiligung zu fördern und einen niedrighschwelligem Zugang zu den politischen Prozessen im Bezirk zu ermöglichen.

Berlin, den 03.12.2024

Einreicher: Linksfraktion,
 BV Maximilian Schirmer, BV Maria Bigos

Begründung siehe Rückseite

siehe 3. Ausfertigung**Abstimmungsergebnis:**

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Ein Tag der offenen Tür bietet den Bürger*innen Pankows die Gelegenheit, die Arbeit der BVV und ihrer Akteur*innen besser kennenzulernen. Transparenz und direkte Kommunikation sind essenziell, um Vertrauen in die kommunalen politischen Strukturen zu stärken und das Interesse an politischer Partizipation zu fördern. Mit der Vorstellung der Fraktionen, des BVV-Büros und der Stadtratsbüros können wichtige Einblicke in die vielfältigen Aufgaben und Abläufe der Bezirkspolitik gegeben werden.

Ein solcher Tag bietet zudem die Möglichkeit, gezielt Fragen zu stellen, Anliegen zu platzieren und die Barriere zwischen Politik und Bürger*innenschaft abzubauen. Durch interaktive Formate, wie offene Gespräche, Präsentationen und Führungen, kann ein lebendiger Austausch entstehen, der die Verbundenheit der Pankower*innen mit ihrem Bezirk stärkt.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

2. Ausfertigung
IX-1071

Antrag

Linksfraktion

Beratungsfolge:

11.12.2024 BVV

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen:

BVV/027/IX

Betreff: Tag der offenen Tür der BVV Pankow

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow führt jährlich einen Tag der offenen Tür durch. An diesem Tag sollen sich das BVV-Büro, die Stadtratsbüros sowie alle Fraktionen und Gruppen der BVV der Öffentlichkeit präsentieren und ihre genauen Funktionen und Zuständigkeiten vorstellen. Ziel ist es, die Arbeit der BVV transparenter zu machen, die Bürger*innenbeteiligung zu fördern und einen niedrighschwelligigen Zugang zu den politischen Prozessen im Bezirk zu ermöglichen.

Berlin, den 10.12.2024

Einreicher: Linksfraktion

BV Maximilian Schirmer, BV Maria Bigos

Begründung siehe Rückseite

siehe 3. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____	einstimmig
_____	mehrheitlich
_____	Ja-Stimmen
_____	Gegenstimmen
_____	Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Ein Tag der offenen Tür bietet den Bürger*innen Pankows die Gelegenheit, die Arbeit der BVV und ihrer Akteur*innen besser kennenzulernen. Transparenz und direkte Kommunikation sind essenziell, um Vertrauen in die kommunalen politischen Strukturen zu stärken und das Interesse an politischer Partizipation zu fördern. Mit der Vorstellung der Fraktionen und Gruppen, des BVV-Büros und der Stadtratsbüros können wichtige Einblicke in die vielfältigen Aufgaben und Abläufe der Bezirkspolitik gegeben werden.

Ein solcher Tag bietet zudem die Möglichkeit, gezielt Fragen zu stellen, Anliegen zu platzieren und die Barriere zwischen Politik und Bürger*innenschaft abzubauen. Durch interaktive Formate, wie offene Gespräche, Präsentationen und Führungen, kann ein lebendiger Austausch entstehen, der die Verbundenheit der Pankower*innen mit ihrem Bezirk stärkt.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

3. Ausfertigung
IX-1071

Antrag

Linksfraktion

Beratungsfolge:

11.12.2024 BVV

BVV/027/IX

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen: Gruppe der FDP

Betreff: Tag der offenen Tür der BVV Pankow

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow führt jährlich einen Tag der offenen Tür durch. An diesem Tag sollen sich das BVV-Büro, die Stadtratsbüros sowie alle Fraktionen und Gruppen der BVV der Öffentlichkeit präsentieren und ihre genauen Funktionen und Zuständigkeiten vorstellen. Ziel ist es, die Arbeit der BVV transparenter zu machen, die Bürger*innenbeteiligung zu fördern und einen niedrighschwelligen Zugang zu den politischen Prozessen im Bezirk zu ermöglichen.

Berlin, den 12.12.2024

Einreicher: Linksfraktion, Gruppe der FDP
Linke: BV Maximilian Schirmer, BV Maria Bigos
Gruppe der FDP: BV Oliver Simon

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input type="checkbox"/>	einstimmig
<input checked="" type="checkbox"/>	mehrheitlich
38	Ja-Stimmen
3	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

federführend

Begründung:

Ein Tag der offenen Tür bietet den Bürger*innen Pankows die Gelegenheit, die Arbeit der BVV und ihrer Akteur*innen besser kennenzulernen. Transparenz und direkte Kommunikation sind essenziell, um Vertrauen in die kommunalen politischen Strukturen zu stärken und das Interesse an politischer Partizipation zu fördern. Mit der Vorstellung der Fraktionen und Gruppen, des BVV-Büros und der Stadtratsbüros können wichtige Einblicke in die vielfältigen Aufgaben und Abläufe der Bezirkspolitik gegeben werden.

Ein solcher Tag bietet zudem die Möglichkeit, gezielt Fragen zu stellen, Anliegen zu platzieren und die Barriere zwischen Politik und Bürger*innenschaft abzubauen. Durch interaktive Formate, wie offene Gespräche, Präsentationen und Führungen, kann ein lebendiger Austausch entstehen, der die Verbundenheit der Pankower*innen mit ihrem Bezirk stärkt.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1042

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

13.11.2024 BVV

BVV/026/IX

Betreff: Dunkle Orte in Pankow - Maßnahmen gegen Angsträume schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt von Pankow wird ersucht, zusammen mit dem Büro "Pankow beteiligt", eine Befragung für Pankower Bürgerinnen und Bürger zum Thema: "**Dunkle Orte in Pankow - Maßnahmen gegen Angsträume schaffen**", auf den Weg zu bringen. Dabei sollen Pankower Anwohnende Angsträume benennen, die in ihren Kiezen auffallen. Das Bezirksamt soll nach Ende der Befragung die Orte prüfen und Maßnahmen zur Abhilfe für die angegebenen Angsträume zu schaffen.

Berlin, den 05.11.2024

Einreicher: Fraktion der SPD, Ulrike Rosensky, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
43	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung
Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

federführend

Begründung:

Die Tage werden wieder kürzer und die Nächte länger. Nicht allen Menschen fällt es leicht, ihre Wege am Abend in der Dunkelheit draussen zu absolvieren, weil sie sich nicht mehr sicher fühlen und Angst haben.

Angsträume entstehen zum Beispiel durch mangelhafte oder häufig von dunkel nach hell wechselnde Beleuchtung, fehlende Beschilderung, fehlender Notrufsäulen oder leerer Plätze. Vor allem Frauen, ältere Menschen und Kinder betrifft dieses Gefühl der Angst und Unsicherheit im Besonderen. Im November 2022 veröffentlichte das Bundeskriminalamt eine repräsentative Bevölkerungsbefragung (mit 47.000 Teilnehmenden) über "Sicherheit und Kriminalität in Deutschland". In dieser Befragung wurde sehr deutlich, dass jede zweite Frau am Abend bestimmte Orte meidet und dadurch ihr Verhalten im öffentlichen Raum ändert.

Es gibt Orte in Pankow, die können zum Fürchten sein. Die Aufgabe von Kommunalpolitik besteht in erster Linie auch darin, die Aufenthaltsqualität von Kiezen zu verbessern und dafür allen Menschen im Bezirk die Möglichkeit der Partizipation und Mitwirkung in die Hand zu geben. Ausgehend vom Projektbeispiel: "Neue Bänke für Pankow", welches erfolgreich angenommen und umgesetzt wurde, könnten auch Pankower Angsträume ausfindig gemacht werden. Nach sorgfältiger Prüfung dann, könnten Maßnahmen geschaffen werden.

Nicht Jede oder Jeder kann überall sein. Mit einer gut organisierten Bürger:innenbeteiligung können Angsträume in Pankower Kiezen identifiziert werden, wo es zum Beispiel dunkle Ecken gibt und ein Gefühl der Angst herrscht. Einige Kommunen arbeiten an diesem Thema schon seit etlichen Jahren. Wie etwa die Gemeinde Buchholz in Niedersachsen. Durch Bürger:innenbefragungen wurden Angsträume ausfindig gemacht und anschließend die Ergebnisse in einem Team aus Bürger:innen und Politiker:innen der Stadt ausgewertet, um gemeinsam Lösungen zu finden. Auch einige Gleichstellungsbeauftragte in den Kommunen haben sich dem Thema erfolgreich



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1042

Änderungsantrag

Linksfraktion

Beratungsfolge:

13.11.2024 BVV

BVV/026/IX

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Betreff: Dunkle Orte in Pankow - Maßnahmen gegen Angsträume schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt von Pankow wird ersucht, zusammen mit dem Büro "Pankow beteiligt", ein Verfahren zu entwickeln, wie unter Beteiligung von Pankower Bürgerinnen und Bürgern dunkle Orte und Angsträume in den einzelnen Bezirksregionen ermittelt werden können. Dabei sollen Pankower Anwohnende Angsträume benennen, die in ihren Kiezen auffallen. Das Bezirksamt soll die genannten Orte und mögliche Maßnahmen zur Abhilfe für die angegebenen Angsträume prüfen.

Berlin, den 11.11.2024

Einreicher: Linksfraktion

Maria Bigos, Maximilian Schirmer, Susanne Kühne, Oskar Lederer

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
43	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

federführend

Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung
 Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

Begründung:

Vielen Menschen fällt es schwer, sich abends allein in der Dunkelheit durch die Stadt zu bewegen oder bestimmte Wege zu nutzen, weil sie sich nicht mehr sicher fühlen und Angst haben.

Angsträume entstehen zum Beispiel durch mangelhafte oder fehlende Beleuchtung, fehlende Beschilderung oder fehlende Notrufsäulen. Vor allem Frauen, ältere Menschen und Kinder oder queere Menschen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund betrifft dieses Gefühl der Angst und Unsicherheit im Besonderen.

Im November 2022 veröffentlichte das Bundeskriminalamt eine repräsentative Bevölkerungsbefragung (mit 47.000 Teilnehmenden) über „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland“. In dieser Befragung wurde sehr deutlich, dass jede zweite Frau am Abend bestimmte Orte meidet und dadurch ihr Verhalten im öffentlichen Raum ändert. Dies darf eine offene und inklusive Gesellschaft nicht hinnehmen.

Es gibt Orte in Pankow, die können zum Fürchten sein. Es ist auch Aufgabe der Kommunalpolitik, die Aufenthaltsqualität von Kiezen zu verbessern und dafür allen Menschen im Bezirk die Möglichkeit der Partizipation und Mitwirkung in die Hand zu geben. Mit einer gut organisierten Bürger*innenbeteiligung können Angsträume in Pankower Kiezen ausfindig gemacht werden, wo es zum Beispiel dunkle Ecken gibt und sich deshalb viele Anwohnende unwohl fühlen.

Deshalb soll ein Verfahren gefunden werden, mit dem gemeinsam mit den Pankower*innen Angsträume in den einzelnen Bezirksregionen identifiziert werden können. Nach sorgfältiger Prüfung sollen anschließend wirksame Maßnahmen zur Abhilfe ergriffen werden.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1158

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.04.2025 BVV

BVV/030/IX

Betreff: Gewalt kommt uns nicht in die Tüte!**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt von Pankow wird ersucht, zusammen mit dem Büro der Wirtschaftsförderung die Aktion: "Gewalt kommt uns nicht in die Tüte", auf den Weg zu bringen. Dabei sollen Pankower Bäckereien am 25. November 2025, dem Tag gegen Gewalt an Frauen, ihre Brötchen in Tüten mit der Aufschrift "Gewalt kommt uns nicht in die Tüte", sowie der Hilfe- und Notrufnummern, verkaufen.

Ferner wird das Bezirksamt ersucht, u.a. folgende Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen:

1. Lokale Unternehmen, wie zum Beispiel die Pankower Backereien könnten als Sponsoren gewonnen werden, um die Aktion finanziell zu unterstützen. Das könnte eine Möglichkeit sein, Bewusstsein für das Thema in der Wirtschaft zu schärfen.
2. Landes- und Bundesmittel für Gleichstellungsprojekte.

Berlin, den 25.03.2025

Einreicher: Fraktion der SPD

Ulrike Rosensky, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

siehe 2. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

federführend

Begründung:

Die Aktion "Gewalt kommt uns nicht in die Tüte", am 25.11.2025 (Tag gegen Gewalt an Frauen), wäre ein bedeutender Schritt, um auf das ernste Thema aufmerksam zu machen und gleichzeitig praktische Hilfe anzubieten. Durch die Verteilung von Tüten mit der Aufschrift "Gewalt kommt uns nicht in die Tüte" in den Bäckereien von Pankow, wird das Thema Gewalt gegen Frauen integriert. Die sichtbare Botschaft regt zum Nachdenken an und fördert das Bewusstsein für ein Problem, das oft im Verborgenen bleibt.

Die Tüten sollen nicht nur die Botschaft vermitteln, sondern auch wichtige Informationen und Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen enthalten. Das erleichtert den Zugang zu Hilfe und ermutigt Betroffene, sich Unterstützung zu suchen. Die Beteiligung von Bäckereien in Pankow würde zeigen, dass der Bezirk hinter dem Anliegen steht. Es ist ein starkes Zeichen der Solidarität und des Engagements gegen Gewalt an Frauen.

Bäckereien sind Orte des täglichen Lebens, die positive Emotionen hervorrufen. Indem das Thema in diesem Kontext eingebettet wird, kann es helfen, das Gespräch darüber zu öffnen und eine Kultur des Respekts und der Unterstützung fördern.

Die Aktion erzeugt nicht nur kurzfristig Aufmerksamkeit, sondern auch langfristig kann sie dazu beitragen, das Bewusstsein zum Thema in der Gesellschaft zu fördern. Zudem ist diese Aktion eine kreative und wirkungsvolle Möglichkeit, um am Tag gegen Gewalt an Frauen ein starkes Zeichen zu setzen, das sowohl sensibilisiert als auch praktische Hilfe anbietet.

Städte wie Essen und Siegburg führen diese Aktion erfolgreich schon durch.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1158

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen: Linksfraktion

Beratungsfolge:

02.04.2025 BVV

BVV/030/IX

Betreff: Gewalt kommt uns nicht in die Tüte!**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt von Pankow wird ersucht, zusammen mit dem Büro der Wirtschaftsförderung die Aktion: "Gewalt kommt uns nicht in die Tüte", auf den Weg zu bringen. Dabei sollen Pankower Bäckereien am 25. November 2025, dem Tag gegen Gewalt an Frauen, ihre Brötchen in Tüten mit der Aufschrift "Gewalt kommt uns nicht in die Tüte", sowie der Hilfe- und Notrufnummern, verkaufen.

Ferner wird das Bezirksamt ersucht, u.a. folgende Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen:

1. Lokale Unternehmen, wie zum Beispiel die Pankower Backereien könnten als Sponsoren gewonnen werden, um die Aktion finanziell zu unterstützen. Das könnte eine Möglichkeit sein, Bewusstsein für das Thema in der Wirtschaft zu schärfen.
2. Landes- und Bundesmittel für Gleichstellungsprojekte.

Berlin, den 03.04.2025

Einreicher: Fraktion der SPD, Linksfraktion

SPD: Ulrike Rosensky, Roland Schröder

Linksfraktion: Maria Bigos, Susanne Kühne, Maximilian Schirmer

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen

beschlossen mit Änderung

abgelehnt

zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
51	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

federführend

Finanzen, Personal, Immobilien, und Verwaltungsmodernisierung

Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

Begründung:

Die Aktion "Gewalt kommt uns nicht in die Tüte", am 25.11.2025 (Tag gegen Gewalt an Frauen), wäre ein bedeutender Schritt, um auf das ernste Thema aufmerksam zu machen und gleichzeitig praktische Hilfe anzubieten. Durch die Verteilung von Tüten mit der Aufschrift "Gewalt kommt uns nicht in die Tüte" in den Bäckereien von Pankow, wird das Thema Gewalt gegen Frauen integriert. Die sichtbare Botschaft regt zum Nachdenken an und fördert das Bewusstsein für ein Problem, das oft im Verborgenen bleibt.

Die Tüten sollen nicht nur die Botschaft vermitteln, sondern auch wichtige Informationen und Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen enthalten. Das erleichtert den Zugang zu Hilfe und ermutigt Betroffene, sich Unterstützung zu suchen. Die Beteiligung von Bäckereien in Pankow würde zeigen, dass der Bezirk hinter dem Anliegen steht. Es ist ein starkes Zeichen der Solidarität und des Engagements gegen Gewalt an Frauen.

Bäckereien sind Orte des täglichen Lebens, die positive Emotionen hervorrufen. Indem das Thema in diesem Kontext eingebettet wird, kann es helfen, das Gespräch darüber zu öffnen und eine Kultur des Respekts und der Unterstützung fördern.

Die Aktion erzeugt nicht nur kurzfristig Aufmerksamkeit, sondern auch langfristig kann sie dazu beitragen, das Bewusstsein zum Thema in der Gesellschaft zu fördern. Zudem ist diese Aktion eine kreative und wirkungsvolle Möglichkeit, um am Tag gegen Gewalt an Frauen ein starkes Zeichen zu setzen, das sowohl sensibilisiert als auch praktische Hilfe anbietet.

Städte wie Essen und Siegburg führen diese Aktion erfolgreich schon durch.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1178**Antrag**

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

21.05.2025 BVV

BVV/031/IX

Betreff: Potenziale der älteren Bürger*innen in Betrieben, Organisationen und Behörden nutzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, zusammen mit dem JobCenter, der Arbeitsagentur und anderen Akteuren, wie zum Beispiel Wirtschaftsverbände, zu prüfen, wie Pankower Bürgerinnen und Bürger, die nach Erreichen des Rentalters – überwiegend in Teilzeit - erwerbstätig sein möchten, unterstützt werden können, passende Beschäftigungen zu finden.

Mögliche Maßnahmen können sein:

1. Eine Vermittlungsstelle oder ein onlinebasiertes Informations- und Vermittlungsangebot
2. Der Aufbau eines Netzwerkes zur „Senior*innenarbeit“ mit dem Ziel, einerseits Pankower Betriebe, Behörden und Einrichtungen und andererseits die älteren Mitbürger*innen über die Bedingungen und Chancen der Erwerbsarbeit von Senior*innen zu informieren. Eine entsprechende Ansprache der Betriebe kann zum Beispiel auf einem Wirtschaftstag zum Thema Senior*innenarbeit erfolgen.
3. Den Ausbau des Themas „senior*innengerechte Arbeitsbedingungen“ in der Beratungstätigkeit der Beauftragten für gute Arbeit. Damit wird das Ziel verfolgt, Arbeitgeber*innen zu informieren, wie sie die Arbeitsplätze und -bedingungen altengerecht gestalten können, um möglichst vielen der älteren Beschäftigten die Erwerbstätigkeit bis zum Erreichen des Renteneintrittsalters und wenn von ihnen gewünscht, auch darüber hinaus zu ermöglichen.

4. Die Entwicklung einer Strategie für die Haltearbeit des Bezirksamtes gegenüber seinen eigenen älteren Beschäftigten bis zum Erreichen des Rentenalters und darüber hinaus und zur zusätzlichen Gewinnung von Senior*innen als (Teilzeit-)beschäftigte, die bisher nicht im Bezirksamt gearbeitet haben.

Berlin, den 13.05.2025

Einreicher: Fraktion der SPD,
Birgit Mickley, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

siehe 2. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____	einstimmig
_____	mehrheitlich
_____	Ja-Stimmen
_____	Gegenstimmen
_____	Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Eine Auswertung der Daten des Nationalen Bildungspanels durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat ergeben, dass der Anteil der Menschen, die nach Erreichen des Renteneintrittsalters weiter erwerbstätig ist, steigt. Mehr als zwei Drittel der ehemals Selbstständigen und etwa ein Drittel der ehemals abhängig Beschäftigten arbeitet innerhalb der ersten 10 Jahre nach dem Eintritt in die Rente, die meisten in Teilzeit oder in Mini-Jobs. Ein Teil der Rentner*innen tut dies aus finanziellen Gründen. Aber 90 Prozent der arbeitenden Rentner*innen hat in früheren Umfragen als Motiv für die Erwerbstätigkeit auch angegeben, dass sie Spaß an der Arbeit hätten, Kontakte zu anderen Menschen bräuchten und sich eine Aufgabe wünschten. Frühere Untersuchungen haben auch ergeben, dass ein nicht unerheblicher Teil der nicht erwerbstätigen Rentner*innen (13 % der Frauen und 20 % der Männer) auch gerne noch arbeiten würden.

Das sind vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und dem damit verbundenen Arbeitskräftemangel, der sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen dürfte, gute Nachrichten. Allerdings gibt es bisher in Berlin - wie in fast allen anderen Kommunen - keine lokalen Vermittlungsstellen für Rentner*innen und Pensionär*innen. Deshalb wird das Bezirksamt ersucht, gemeinsam mit anderen Akteuren, insbesondere dem Job-Center und/oder der Arbeitsagentur zu prüfen, wie man die arbeitssuchenden Rentner*innen und die Arbeitskräfte suchenden Betriebe in Pankow zusammenbringen kann. Anregungen dafür geben möglicherweise bereits vorhandene Vermittlungsangebote wie z.B. das Netzwerk „Beruf: Rente - Seniorenjobs in Mainz-Bingen“. Dieses umfasst eine online basierte Jobbörse für Angebote und Gesuche zu Seniorenjobs mit einem entsprechenden - ebenfalls onlinebasierten Informationsangebot und eine Netzwerkarbeit, die insbesondere darauf zielt, Betriebe und Rentner*innen über die Bedingungen und Chancen der Erwerbsarbeit von Rentner*innen und Pensionär*innen zu informieren. Auch die Volkshochschule ist einbezogen, die Kurse zur Qualifizierung von Senior*innen in bestimmten Bereichen, z.B. im Pflegebereich, anbietet.

Auch die Erwerbsquote der über 60-Jährigen vor der Rente ist kontinuierlich gestiegen. Allerdings scheiden noch immer ältere Beschäftigte frühzeitig aus dem Arbeitsleben aus, u.a. auch weil die Arbeitsbedingungen gesundheitlich zu belastend sind und/oder weil es für ältere Arbeitnehmer*innen immer noch schwierig ist, nach dem Arbeitsplatzverlust eine neue Beschäftigung zu finden.

Die Erwerbsbeteiligung der Senior*innen kann weiter gesteigert werden, wenn die Unternehmen, Verwaltungen und Organisationen sich besser auf die älteren Arbeitnehmer*innen einstellen. Dafür sind altersgerechte Arbeitsbedingungen, z.B. bei der Arbeitsorganisation, den Arbeitszeit-Modellen und der Arbeitsplatzgestaltung, Maßnahmen zur Gesundheitsprävention, Weiterbildung, aber auch eine größere Wertschätzung der älteren Beschäftigten von Bedeutung. Auch können Arbeitgeber ihren Beschäftigten Angebote machen, ihre Tätigkeit in anderer Zuständigkeit fortzusetzen, z.B. wenn der bisherige Arbeitsplatz zu belastend wird. Die Beauftragte für Gute Arbeit berät bereits Pankower Betriebe zu guten und gesundheitsfördernden Arbeitsbedingungen. Sie sollte

gebeten werden, den Aspekt „altengerechte Gestaltung von Arbeitsbedingungen und Voraussetzungen für das Halten der älteren Arbeitnehmer*innen“ in ihren Beratungen auszubauen und noch stärker zu betonen. Auch sollte sie eine zentrale Funktion in der Netzwerkarbeit für die Beschäftigung von Senior*innen einnehmen.

Das Bezirksamt berichtet immer wieder von Problemen, für freie Stellen geeignete Bewerber*innen zu finden. Offenbar bleiben Stellen deshalb auch öfter über längere Zeiten unbesetzt. Deshalb ist es naheliegend, dass das Bezirksamt auch Maßnahmen zur Haltearbeit von älteren Mitarbeiter*innen entwickelt und prüft, welche Tätigkeiten an (teilzeitbeschäftigte) Rentner*innen und Pensionär*innen übertragen werden können und ggf. eine Strategie zur Gewinnung von Rentner*innen und Pensionär*innen entwickelt und umsetzt. Dabei sollte es Erfahrungen anderer Betriebe wie z.B. der BVG berücksichtigen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen: Gruppe der FDP

Beratungsfolge:

21.05.2025 BVV

BVV/031/IX

Betreff: Potenziale der älteren Bürger*innen in Betrieben, Organisationen und Behörden nutzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, zusammen mit dem JobCenter, der Arbeitsagentur und anderen Akteuren, wie zum Beispiel Wirtschaftsverbände, zu prüfen, wie Pankower Bürgerinnen und Bürger, die nach Erreichen des Rentalters – überwiegend in Teilzeit - erwerbstätig sein möchten, unterstützt werden können, passende Beschäftigungen zu finden.

Mögliche Maßnahmen können sein:

1. Eine Vermittlungsstelle oder ein onlinebasiertes Informations- und Vermittlungsangebot
2. Der Aufbau eines Netzwerkes zur „Senior*innenarbeit“ mit dem Ziel, einerseits Pankower Betriebe, Behörden und Einrichtungen und andererseits die älteren Mitbürger*innen über die Bedingungen und Chancen der Erwerbsarbeit von Senior*innen zu informieren. Eine entsprechende Ansprache der Betriebe kann zum Beispiel auf einem Wirtschaftstag zum Thema Senior*innenarbeit erfolgen.
3. Den Ausbau des Themas „senior*innengerechte Arbeitsbedingungen“ in der Beratungstätigkeit der Beauftragten für gute Arbeit. Damit wird das Ziel verfolgt, Arbeitgeber*innen zu informieren, wie sie die Arbeitsplätze und -bedingungen altengerecht gestalten können, um möglichst vielen der älteren Beschäftigten die Erwerbstätigkeit bis zum Erreichen des Renteneintrittsaltes und wenn von ihnen gewünscht, auch darüber hinaus zu ermöglichen.

4. Die Entwicklung einer Strategie für die Haltearbeit des Bezirksamtes gegenüber seinen eigenen älteren Beschäftigten bis zum Erreichen des Rentenalters und darüber hinaus und zur zusätzlichen Gewinnung von Senior*innen als (Teilzeit-) beschäftigte, die bisher nicht im Bezirksamt gearbeitet haben.

Berlin, den 22.05.2025

Einreicher: Fraktion der SPD, Gruppe der FDP
 Fraktion der SPD: gez. Birgit Mickley, Roland Schröder
 Gruppe der FDP: gez. Oliver Simon

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
48	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Soziales, Senior*innen und Gesundheit
 Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

federführend

Begründung:

Eine Auswertung der Daten des Nationalen Bildungspanels durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat ergeben, dass der Anteil der Menschen, die nach Erreichen des Renteneintrittsalters weiter erwerbstätig ist, steigt. Mehr als zwei Drittel der ehemals Selbstständigen und etwa ein Drittel der ehemals abhängig Beschäftigten arbeitet innerhalb der ersten 10 Jahre nach dem Eintritt in die Rente, die meisten in Teilzeit oder in Mini-Jobs. Ein Teil der Rentner*innen tut dies aus finanziellen Gründen. Aber 90 Prozent der arbeitenden Rentner*innen hat in früheren Umfragen als Motiv für die Erwerbstätigkeit auch angegeben, dass sie Spaß an der Arbeit hätten, Kontakte zu anderen Menschen bräuchten und sich eine Aufgabe wünschten. Frühere Untersuchungen haben auch ergeben, dass ein nicht unerheblicher Teil der nicht erwerbstätigen Rentner*innen (13 % der Frauen und 20 % der Männer) auch gerne noch arbeiten würden.

Das sind vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und dem damit verbundenen Arbeitskräftemangel, der sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen dürfte, gute Nachrichten. Allerdings gibt es bisher in Berlin - wie in fast allen anderen Kommunen - keine lokalen Vermittlungsstellen für Rentner*innen und Pensionär*innen. Deshalb wird das Bezirksamt ersucht, gemeinsam mit anderen Akteuren, insbesondere dem Job-Center und/oder der Arbeitsagentur zu prüfen, wie man die arbeitssuchenden Rentner*innen und die Arbeitskräfte suchenden Betriebe in Pankow zusammenbringen kann. Anregungen dafür geben möglicherweise bereits vorhandene Vermittlungsangebote wie z.B. das Netzwerk „Beruf: Rente - Seniorenjobs in Mainz-Bingen“. Dieses umfasst eine online basierte Jobbörse für Angebote und Gesuche zu Seniorenjobs mit einem entsprechenden - ebenfalls onlinebasierten Informationsangebot und eine Netzwerkarbeit, die insbesondere darauf zielt, Betriebe und Rentner*innen über die Bedingungen und Chancen der Erwerbsarbeit von Rentner*innen und Pensionär*innen zu informieren. Auch die Volkshochschule ist einbezogen, die Kurse zur Qualifizierung von Senior*innen in bestimmten Bereichen, z.B. im Pflegebereich, anbietet.

Auch die Erwerbsquote der über 60-Jährigen vor der Rente ist kontinuierlich gestiegen. Allerdings scheiden noch immer ältere Beschäftigte frühzeitig aus dem Arbeitsleben aus, u.a. auch weil die Arbeitsbedingungen gesundheitlich zu belastend sind und/oder weil es für ältere Arbeitnehmer*innen immer noch schwierig ist, nach dem Arbeitsplatzverlust eine neue Beschäftigung zu finden.

Die Erwerbsbeteiligung der Senior*innen kann weiter gesteigert werden, wenn die Unternehmen, Verwaltungen und Organisationen sich besser auf die älteren Arbeitnehmer*innen einstellen. Dafür sind altersgerechte Arbeitsbedingungen, z.B. bei der Arbeitsorganisation, den Arbeitszeit-Modellen und der Arbeitsplatzgestaltung, Maßnahmen zur Gesundheitsprävention, Weiterbildung, aber auch eine größere Wertschätzung der älteren Beschäftigten von Bedeutung. Auch können Arbeitgeber ihren Beschäftigten Angebote machen, ihre Tätigkeit in anderer Zuständigkeit fortzusetzen, z.B. wenn der bisherige Arbeitsplatz zu belastend wird. Die Beauftragte für Gute Arbeit berät bereits Pankower Betriebe zu guten und gesundheitsfördernden Arbeitsbedingungen. Sie sollte

gebeten werden, den Aspekt „altengerechte Gestaltung von Arbeitsbedingungen und Voraussetzungen für das Halten der älteren Arbeitnehmer*innen“ in ihren Beratungen auszubauen und noch stärker zu betonen. Auch sollte sie eine zentrale Funktion in der Netzwerkarbeit für die Beschäftigung von Senior*innen einnehmen.

Das Bezirksamt berichtet immer wieder von Problemen, für freie Stellen geeignete Bewerber*innen zu finden. Offenbar bleiben Stellen deshalb auch öfter über längere Zeiten unbesetzt. Deshalb ist es naheliegend, dass das Bezirksamt auch Maßnahmen zur Haltearbeit von älteren Mitarbeiter*innen entwickelt und prüft, welche Tätigkeiten an (teilzeitbeschäftigte) Rentner*innen und Pensionär*innen übertragen werden können und ggf. eine Strategie zur Gewinnung von Rentner*innen und Pensionär*innen entwickelt und umsetzt. Dabei sollte es Erfahrungen anderer Betriebe wie z.B. der BVG berücksichtigen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1222

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.07.2025 BVV

BVV/032/IX

Betreff: Neues Flair & Attraktivität für die Berliner Allee**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht,

für die Berliner Allee in Weißensee, im Bereich zwischen Lehderstr./Gürtelstr. und Lindenallee ein Geschäftsstraßenmanagement (GSM) zu etablieren. Die IHK Berlin und der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. sind als engagierte Fachöffentlichkeit in den Prozess mit einzubinden.

Mit dem GSM sollen folgende Zielsetzungen erreicht werden:

- Aktivierung, Vernetzung und Unterstützung lokaler Akteure
- Aufbau und Institutionalisierung der lokalen Standortgemeinschaft
- Förderung eines ausgewogenen Nutzungs- und Branchenmixes
- Gemeinsame Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Belebung, Profilierung und Imageverbesserung
- Aufbau eines aktiven Leerstandmanagements
- Kommunikation von Baumaßnahmen bei den Gewerbetreibenden

Darüber hinaus soll das GSM ein Handlungskonzept mit Maßnahmen für die Aufwertung der öffentlichen Räume mit mehr Aufenthaltsqualität, innovativer Grünausstattung und zur intelligenten Steuerung des Lieferverkehrs erarbeiten.

Dem Bezirksamt wird zudem empfohlen:

- mit Nachdruck von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU), die vom Berliner Abgeordnetenhaus mit den Richtlinien der Regierungspolitik 2023-26 verbindlich beschlossene Beauftragung einer Machbarkeitsstudie für die Sanierung und Umgestaltung der Berliner Allee einzufordern,
- im Rat der Bürgermeister gegenüber dem Senat von Berlin eine Bundesratsinitiative für die Einführung eines Gewerbemietpreises und die Verbesserung eines angemessenen Kündigungsschutzes anzuregen.

Berlin, den 24.06.2025

Einreicher: Fraktion der SPD,
Mike Szidat, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

siehe 2. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Berliner Allee ist eine traditionelle Geschäftsstraße die durch eine hervorragende stadträumliche Lage sowie eine sehr gute Nahversorgung gekennzeichnet ist, aber in den zurückliegenden Jahren einen spürbaren Funktions- und Imageverlust erlitten hat. Auch wenn der Einzelhandel, nicht zuletzt durch die Zunahme des Onlinehandels, im Umbruch ist, sind Einkaufsstraßen und -zentren wie die Berliner Allee weiterhin nicht nur für die Versorgung vor Ort wichtig, sie haben auch eine bedeutende Funktion für Begegnungen und den sozialen Austausch in den jeweiligen Kiezen. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen soll daher die Berliner Allee ihren funktionalen und identitätsstiftenden Kern des Ortsteils Weißensee wieder zurückgewinnen.

Mithilfe des GSM soll gemeinsam mit den lokalen Akteuren vor Ort die Berliner Allee wieder zu einem attraktiven Zentrum entwickelt werden, indem der Einzelhandel qualifiziert und gestärkt, die Angebotsvielfalt erweitert und die Netzwerkstrukturen der Akteure gefördert werden. Große Bedeutung kommt hierbei der Wiederbelebung der früheren Initiative IG Weißensee und einer detaillierten Evaluation zu Rahmenbedingungen und Verbesserungsbedarfe bei den Gewerbetreibenden zu. Hierbei können die IHK Berlin und der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. wertvolle Unterstützungsarbeit leisten. Als weitere Anker-Akteure neben den Gewerbetreibenden sollten der Betreiber des Marktes am Antonplatz sowie das Bildungs- und Kulturzentrum Peter Edel mit eingebunden werden.

Ein weiterer, wichtiger Aspekt sind die Beeinträchtigungen durch den motorisierten Verkehr beziehungsweise die gesamte Verkehrsinfrastruktur der Berliner Allee. Dieser seit Jahren bekannte Missstand muss jetzt nach Jahren des Nichthandelns nunmehr endlich mit einer entsprechenden Machbarkeitsstudie und den hieraus abzuleitenden Maßnahmen angegangen werden. Der Querschnitt der Berliner Allee bietet durchaus ein räumliches Gerüst, dass es trotz der bestehenden Schadstoff- und Lärmemissionen erlaubt, sowohl die Verkehrsmengen einer Zubringerstraße zu bewältigen und gleichzeitig Raum für den ÖPNV, sichere Radverkehrsanlagen sowie Aufenthaltsqualitäten für Fußgänger zu schaffen.

Um die Berliner Allee als identitätsstiftenden Aufenthaltsbereich und Treffpunkt für den wachsenden Ortsteil Weißensee wieder zu etablieren, muss sie städtebaulich und stadtgestalterisch aufgewertet werden. Die Berliner Allee als lineare Zentrum entlang der Verkehrsachse soll hierbei durch eine entsprechende Gestaltung des öffentlichen Raumes besser lesbar sein und attraktive Aufenthaltsbereiche bieten. Insbesondere der Antonplatz ist hierfür mit Begrünung, Straßenmöblierung, Sondernutzungen, Kunst und Beleuchtung aufzuwerten.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen: Gruppe der FDP

Beratungsfolge:

02.07.2025 BVV

BVV/032/IX

Betreff: Neues Flair & Attraktivität für die Berliner Allee**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht,

für die Berliner Allee in Weißensee, im Bereich zwischen Lehderstr./Gürtelstr. und Lindenallee ein Geschäftsstraßenmanagement (GSM) zu etablieren. Die IHK Berlin und der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. sind als engagierte Fachöffentlichkeit in den Prozess mit einzubinden.

Mit dem GSM sollen folgende Zielsetzungen erreicht werden:

- Aktivierung, Vernetzung und Unterstützung lokaler Akteure
- Aufbau und Institutionalisierung der lokalen Standortgemeinschaft
- Förderung eines ausgewogenen Nutzungs- und Branchenmixes
- Gemeinsame Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Belebung, Profilierung und Imageverbesserung
- Aufbau eines aktiven Leerstandmanagements
- Kommunikation von Baumaßnahmen bei den Gewerbetreibenden

Darüber hinaus soll das GSM ein Handlungskonzept mit Maßnahmen für die Aufwertung der öffentlichen Räume mit mehr Aufenthaltsqualität, innovativer Grünausstattung und zur intelligenten Steuerung des Lieferverkehrs erarbeiten.

Dem Bezirksamt wird zudem empfohlen:

- mit Nachdruck von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU), die vom Berliner Abgeordnetenhaus mit den Richtlinien der Regierungspolitik 2023-26 verbindlich beschlossene Beauftragung einer Machbarkeitsstudie für die Sanierung und Umgestaltung der Berliner Allee einzufordern,
- im Rat der Bürgermeister gegenüber dem Senat von Berlin eine Bundesratsinitiative für die Einführung eines Gewerbemietpreises und die Verbesserung eines angemessenen Kündigungsschutzes anzuregen.

Berlin, den 24.06.2025

Einreicher: Fraktion der SPD, Gruppe der FDP
 Fraktion der SPD: Mike Szidat, Roland Schröder
 Gruppe der FDP: Oliver Simon

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
48	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen
 Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

federführend

Begründung:

Die Berliner Allee ist eine traditionelle Geschäftsstraße die durch eine hervorragende stadträumliche Lage sowie eine sehr gute Nahversorgung gekennzeichnet ist, aber in den zurückliegenden Jahren einen spürbaren Funktions- und Imageverlust erlitten hat. Auch wenn der Einzelhandel, nicht zuletzt durch die Zunahme des Onlinehandels, im Umbruch ist, sind Einkaufsstraßen und -zentren wie die Berliner Allee weiterhin nicht nur für die Versorgung vor Ort wichtig, sie haben auch eine bedeutende Funktion für Begegnungen und den sozialen Austausch in den jeweiligen Kiezen. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen soll daher die Berliner Allee ihren funktionalen und identitätsstiftenden Kern des Ortsteils Weißensee wieder zurückgewinnen.

Mithilfe des GSM soll gemeinsam mit den lokalen Akteuren vor Ort die Berliner Allee wieder zu einem attraktiven Zentrum entwickelt werden, indem der Einzelhandel qualifiziert und gestärkt, die Angebotsvielfalt erweitert und die Netzwerkstrukturen der Akteure gefördert werden. Große Bedeutung kommt hierbei der Wiederbelebung der früheren Initiative IG Weißensee und einer detaillierten Evaluation zu Rahmenbedingungen und Verbesserungsbedarfe bei den Gewerbetreibenden zu. Hierbei können die IHK Berlin und der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. wertvolle Unterstützungsarbeit leisten. Als weitere Anker-Akteure neben den Gewerbetreibenden sollten der Betreiber des Marktes am Antonplatz sowie das Bildungs- und Kulturzentrum Peter Edel mit eingebunden werden. Ein weiterer, wichtiger Aspekt sind die Beeinträchtigungen durch den motorisierten Verkehr beziehungsweise die gesamte Verkehrsinfrastruktur der Berliner Allee. Dieser seit Jahren bekannte Missstand muss jetzt nach Jahren des Nichthandelns nunmehr endlich mit einer entsprechenden Machbarkeitsstudie und den hieraus abzuleitenden Maßnahmen angegangen werden. Der Querschnitt der Berliner Allee bietet durchaus ein räumliches Gerüst, das es trotz der bestehenden Schadstoff- und Lärmemissionen erlaubt, sowohl die Verkehrsmengen einer Zubringerstraße zu bewältigen und gleichzeitig Raum für den ÖPNV, sichere Radverkehrsanlagen sowie Aufenthaltsqualitäten für Fußgänger zu schaffen. Um die Berliner Allee als identitätsstiftenden Aufenthaltsbereich und Treffpunkt für den wachsenden Ortsteil Weißensee wieder zu etablieren, muss sie städtebaulich und stadtgestalterisch aufgewertet werden. Die Berliner Allee als lineare Zentrum entlang der Verkehrsachse soll hierbei durch eine entsprechende Gestaltung des öffentlichen Raumes besser lesbar sein und attraktive Aufenthaltsbereiche bieten. Insbesondere der Antonplatz ist hierfür mit Begrünung, Straßenmöblierung, Sondernutzungen, Kunst und Beleuchtung aufzuwerten.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1224**Antrag**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.07.2025 BVV

BVV/032/IX

Betreff: Bürgergarten Mühlenkiez (Flurstück 280, Thomas-Mann-Straße)**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, die öffentliche Grünanlage des Flurstücks 280 (nördlich des Pavillons Mühlenpromenade, westlich der Thomas-Mann-Straße) zu einem Bürgergarten zu qualifizieren, der modellhaft und beispielgebend Soziales, Gesundheit und Stadtnatur verbindet und damit ein gesundes, menschen- und tiergerechtes Pankow unterstützt.

Das Bezirksamt soll eine Finanzierung über „Wachstum und Nachhaltige Erneuerung“ der Städtebauförderung sowie Ausgleichsmittel prüfen. Für einen zeitnahen Beginn und eine sukzessive Aufwertung sollen möglichst weitere Fördermöglichkeiten – z.B. „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ (NKK) – eingeworben und dafür eine entsprechende Ko-Finanzierung gesichert werden.

Der Bürgergarten soll gemeinschaftliches, barrierearmes und ökologisches Gärtnern („Urban Gardening“) ermöglichen. Die Grünfläche soll dafür entsiegelt, mit Schonung der anliegenden Fauna ökologisch gestaltet und gepflegt werden. Orientierung soll dabei der Artenschutz und das Berliner Handbuch Gute Pflege bieten. Ziel soll es auch sein, Lebensräume für Wildtiere zu schaffen, durch z.B. Sträucher und Hecken. Bei der Planung, Gestaltung und Betreuung des Bürgergartens sollen Anwohnende, Stadtteilzentren, Verbände und andere Initiativen im Kiez aus den Bereichen Soziales, Gesundheit und Stadtnatur einbezogen werden.

Um Pankow als „Schwammstadt“ zu unterstützen, soll das Bezirksamt prüfen, inwieweit das Dach des angrenzenden Quartierspavillons zum Auffangen von Regenwasser genutzt werden kann. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob der Gartenwasseranschluss des Pavillons für den Bürgergarten mitgenutzt oder ein eigener Wasseranschluss bzw. eine Pumpe ermöglicht werden kann. Das Bezirksamt soll weiterhin prüfen, ob langfristig eine Integration des Quartierpavillons, z.B. als Café und soziale Begegnungsstätte, mit dem Konzept des Bürgergartens möglich ist.

Berlin, den 24.06.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
 BV Almuth Tharan, BV Christoph Göring, BV Axel Lüssow, BV Oliver Jütting, BV
 Heike Schmidt

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
48	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen
 Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur
 Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

federführend

Begründung:

Das 76 Hektar große Gebiet östlich der Greifswalder Straße (Mühlenviertel) wurde am 2002 gemäß § 171b BauGB als Fördergebiet festgelegt, der Start der Förderung war 2017. Eines der Leitbilder und die Entwicklungsziele ist, die vorhandenen öffentlichen Spiel- und Bewegungsflächen sowie den Grün- und Freiraum aufzuwerten und an die klimatischen Veränderungen anzupassen. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) benennt bereits 2017 die Verbesserung der Aufenthaltsqualität der Grün- und Freiflächen als Schlüsselmaßnahme im Gebiet.

Im Rahmen des Grün- und Freiflächenkonzeptes Greifswalder Straße wurde 2021 u.a. die Qualifizierung der Freifläche am Kiezpavillon zu einer Grünfläche mit Bürgergarten für die Bewohner des Mühlenviertels festgelegt. Mit der Entwicklung eines Bürgergartens könne ein Angebot geschaffen werden, die Freifläche gärtnerisch, aber auch mit gemeinsamen Aktivitäten zu beleben. Jedoch ist im Maßnahmensteckbrief der Bürgergarten lediglich als "optional" gekennzeichnet - und allein daher ist eine Anregung des bezirklichen Verwaltungshandelns notwendig. Für bürgerschaftliche Projekte stehen zwar direkte Fördermittel für Engagement in Nachbarschaften (FEIN) bereit, bei denen „Urban Gardening“ stärker berücksichtigt werden sollte - diese Finanzierung reicht jedoch nicht aus, um die betreffende Fläche ursächlich zu qualifizieren.

Mit dem Programm "Nachhaltige Erneuerung" wurde bisher zwar ein Gebietsbeauftragter für die Jahre 2025 und 2026 finanziert, aber die Maßnahme der Neugestaltung der Mühlenpromenade erfasst nicht die Grünfläche des Flurstücks 280 - allerdings wird südlich der Promenade bereits über einen Ideenwettbewerb eine Kooperation mit Wohnungsbaugesellschaften realisiert, die als Vorbild für die nördliche Fläche dienen kann.

Das Flurstück 280 befindet sich im Fachvermögen des Straßen- und Grünflächenamtes (SGA) Pankow, die aktuelle Gebietsförderung erfolgt unter Federführung des Amtes für Stadtentwicklung. Der Pavillon befindet sich im Fachvermögen des Schul- und Sportamts.

Für die Umsetzung des Bürgergartens sind Mittel aus Förderprogrammen erforderlich. Zum Beispiel das Förderprogramm Natürlicher Klimaschutz in den Kommunen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) umfasst die Module Entsiegelung und Wiederherstellung von Bodenfunktionen, naturnahes Grünflächenmanagement, Pflanzung von Bäumen und Schaffung von Naturoasen - als Teil einer finanzschwachen Kommune gilt für Pankow ein Fördersatz von 90%, eine Kombination mit weiteren Fördermitteln ist möglich.

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung am: 15.07.2025

Beginn: **17:15 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
Behnke, Frank - AfD -	_____	
Bittner, Denise - CDU -	_____	
Ehrlich-Cypra, Carola - Bü 90/Grüne -	_____	
Dr. Enge, Thomas - FDP -	_____	
Knebel, Sibylla Susanne - CDU -	_____	
Kühne, Susanne - Linke -	_____	
Lederer, Oskar - Linke -	_____	
N.N., AfD - AfD -	_____	
Rosensky, Ulrike - SPD -	_____	
Schmidt, Heike - Bü 90/Grüne -	_____	
Wettig, Hannah-Caroline - Bü 90/Grüne -	_____	
Wölk, Stephanie - SPD -	_____	
Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
Ennen, Lea - auf Antrag CDU -	_____	
Gerstenberger, Heike - auf Antrag Linke -	_____	
Krieger, Sascha - auf Antrag Bü 90/Grüne -	_____	
stellv. Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
Koschorek, Bettina - auf Antrag CDU -	_____	
Pfaff, Christina - auf Antrag Linke -	_____	
Rabe, Kathleen - auf Antrag Bü	_____	

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung am: **15.07.2025**

Beginn: **17:15 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

90/Grüne -

BA-Mitglied	Unterschrift	Vertreter
Dr. Koch , Cordelia - Bü 90/Grüne - Bezirksbürgermeisterin		

